

Fraktion Die Linke Gütersloh • Bismarckstr. 2 • 33 330 Gütersloh

An den
Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
Herrn Carsten Rethage
Berliner Str. 70
33330 Gütersloh

Fraktion **Die Linke**
im Rat der Stadt Gütersloh

Bismarckstr. 2
33 330 Gütersloh
Tel: +49 (0) 5241 2112654
Fax: +49 (0) 5241 2112656
Email: fraktion@die-linke-guetersloh.de

28. Jun. 2026

Änderungsantrag zu TOP 7 im Jugendhilfeausschuss am 09.07.2026

Sehr geehrter Herr Rethage,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Jugendhilfeausschuss möge positiv über folgenden Änderungsantrag abstimmen:

Der folgende Absatz (s. S.3 unter Jugendhilfe und Schule) wird in der Beschlussvorlage verändert. Die Verwaltung wird damit beauftragt diese Änderung in den Beschluss des Kinder- und Jugend- Förderplans aufzunehmen.

Für den Ausbau der Schulsozialarbeit besteht ein hoher Bedarf. Derzeit sind 40,8 VzÄ in der Ausstattung der Gütersloher Schulen mit Schulsozialarbeit vorgesehen. Davon sind 10,5 VzÄ Landesstellen, 6,25 VzÄ Kommunale Stellen (Stellenplan) und 24,05 VzÄ werden bei Trägern der freien Jugendhilfe durch die Stadt Gütersloh finanziert, anteilig erhält die Stadt Gütersloh Zuwendungen aus Landesmitteln NRW. Ein Ausbau der Schulsozialarbeit zur Erreichung einer stadtweiten Durchschnittsquote von 220 Schüler*innen pro VzÄ Fachkraft würden zusätzliche Ressourcen von ca. 1 Million Euro bedürfen. Um wegen der gestiegenen Schüler*innenzahlen eine weitere Verschlechterung der Versorgung mit Schulsozialarbeit zu verhindern, wird zumindest ein Ausbau um 1,0 VzÄ (97.000 €) vorgeschlagen. *Aufgrund der gestiegenen Schüler*innenzahlen wird ein Ausbau der Schulsozialarbeit vorgeschlagen. Damit wird die Durchschnittsquote von 220 Schüler*innen pro VzÄ als stadtweite Durchschnittsquote festgelegt und demnach dem Standard angepasst (Nr. 19.a, S.47 KJFP). Außerdem werden die Mittel, die für die Schulsozialarbeit hinzugefügt werden, nicht aus anderen Teilen der Kinder und Jugendhilfe gekürzt. Schlussendlich kann nur mit gerechter Abhilfe intersektionale Kinder und Jugendhilfe stattfinden.*

Begründung:

Die Fluktuationsraten in der Schulsozialarbeit sind groß. Die Schulsozialarbeit ist maximal ausgelastet, denn der Job selbst ist herausfordernd, zumal mehr Schüler*innen pro VzÄ existieren. Wir können jetzt präventiv für die nächsten Jahre handeln, sollten die Zahlen der Schüler*innen plötzlich steigen (z. B. durch Zuwanderung), können wir den Fall besser dämpfen als jetzt. Wir müssen die Menschen entlasten, die an der Zukunft unserer Kinder und

Jugendlichen arbeiten und denen helfen, die es brauchen. Das ist in Zeiten von Krieg, Klimawandel, Unsicherheit, Mobbing und Deliberalisation der Gesellschaft zwingend notwendig.

Zuletzt ist miteinzubeziehen, dass die Fallzahlen allgemein im Städtischen Gebiet steigen. Daraus muss man schlussfolgern, dass die Belastungen der Kinder und Jugendlichen stetig wachsen. Somit ist es offensichtlich, dass wir mit einer Entlastung in der Schulsozialarbeit eine Entlastung der gesamtstädtischen Kinder und Jugendhilfe bezwecken.

Mit freundlichen Grüßen

Noel Koop

Sprecher der Fraktion Die Linke im Jugendhilfeausschuss